



## **3 BADEN-WÜRTTEMBERG BRAUCHT ALLE TALENTE – VON ANFANG AN**

Bildung ist – neben der Ökologie – die wichtigste Zukunftsaufgabe Baden-Württembergs. Bildung ist für uns GRÜNE mehr als der bloße Erwerb von Qualifikationen für den Arbeitsmarkt. Bildung bedeutet auch, die Persönlichkeit zu entfalten, soziale Kompetenzen zu erlernen und die Demokratie wertzuschätzen. Ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem fördert den Erfindungsreichtum und die Kreativität der Menschen in Baden-Württemberg, es unterstützt ihre Bereitschaft zum Engagement und zum nachhaltigen Handeln. Und: Gut ausgebildete Menschen stärken Baden-Württemberg als Wirtschaftsregion im internationalen Wettbewerb.

Wir GRÜNEN stehen für ein sozial gerechtes Bildungssystem, das alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von der Herkunft und vom Einkommen der Eltern – optimal fördert, ermutigt und stärkt.

Bildung gehört zu jedem Lebensalter, der Grundstein wird aber in der frühen Kindheit gelegt. Für die bestmögliche Förderung der jüngsten Kinder brauchen wir Einrichtungen von höchster Qualität mit hervorragend ausgebildetem pädagogischem Personal.

Wir brauchen eine neue Schulkultur, die sich durch Respekt, Wertschätzung und Beteiligung auszeichnet. Bundesweit nimmt Baden-Württemberg in der Bildung zwar noch einen Spitzenplatz ein, im internationalen Vergleich ist unser Bundesland aber von erfolgreichen Ländern mit ähnlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur längst abgehängt worden. Die Mängel sind offensichtlich: Zu viele SchülerInnen verlassen die Schule, ohne die notwendigen Grundkompetenzen für ein erfolgreiches Berufsleben

erworben zu haben. Weder schwache noch starke oder hochbegabte SchülerInnen werden optimal gefördert. Trotzdem hält die Landesregierung am gegliederten Schulsystem fest und versucht durch „Mogelpackungen“ wie die Neue Werkrealschule die soziale Trennung der Kinder fortzusetzen. Wir GRÜNEN stehen dagegen für ein Bildungswesen, in dem jedes Kind seine Potenziale voll entfalten kann.

Wir wollen erreichen, dass Jugendliche nach der Schule einen Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung und ein Studium haben. Es soll ihnen die notwendige Zeit und Unterstützung gewährt werden, um erfolgreiche Abschlüsse zu erzielen. Bildung ist ein Prozess, der den Menschen das ganze Leben lang begleitet. Kunst und Kultur gehören für uns zur Daseinsvorsorge. Daher wollen wir GRÜNEN Baden-Württemberg als „Kulturland“ ausbauen, die kulturelle Vielfalt fördern und für die Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden im Land angemessene Rahmenbedingungen schaffen.

## **LEITIDEE: FRÜHKINDLICHE BILDUNG AB DEM ERSTEN LEBENSJAHR**

Wissenschaftliche Studien belegen es: Je früher Kinder eine Kindertageseinrichtung (Kita) oder einen Kindergarten besuchen, desto besser sind ihre Bildungschancen und ihre späteren Schulabschlüsse. Es ist deshalb eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe und die Basis für ein gerechtes Bildungssystem, Kinder möglichst früh, qualifiziert und individuell zu fördern. Gleichzeitig sollen auch die Eltern durch enge Kooperationen auf Augenhöhe in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. In den letzten Jahren hat man endlich auch in Baden-Württemberg den hohen Stellenwert der frühkindlichen Bildung erkannt. Es wurden inzwischen zwar Entwicklungen ange-



stoßen und Projekte auf den Weg gebracht, es fehlt aber ein schlüssiges Gesamtkonzept für die frühkindliche Bildung ab dem ersten Lebensjahr.

### **Kleinkindbetreuung und -bildung zügig ausbauen**

Wir GRÜNEN setzen uns für die vollständige Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Betreuungs- und Bildungseinrichtung für Kinder unter drei Jahren (U3) ab 2013 ein. Dafür müssen in den nächsten Jahren erhebliche zusätzliche Mittel eingesetzt werden. Das Land soll sich dabei mit einer Drittelfinanzierung beteiligen. Wir treten dafür ein, dass das Landeserziehungsgeld schrittweise in die U3-Betreuungs- und Bildungseinrichtungen umgeschichtet wird. Bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2016 sollen die U3-Bildungs- und Betreuungsplätze weiter ausgebaut und die pädagogischen Rahmenbedingungen spürbar verbessert werden.

Vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus sozial benachteiligten Familien wollen wir für die Kleinkindbetreuung gewinnen, da sie von einer qualifizierten Förderung, insbesondere von Sprachförderung, in hohem Maße profitieren werden. Damit dies möglich wird, setzen wir uns dafür ein, dass das Solidaritätsprinzip auch hier greift. Das bedeutet, dass die Beiträge einkommensabhängig erhoben werden sollen.

### **Den Orientierungsplan verbindlich einführen**

Die Ziele und Grundlagen der frühkindlichen Bildung und Erziehung in Baden-Württemberg sind im sogenannten Orientierungsplan festgelegt. Wir GRÜNEN fordern eine flächendeckende verbindliche Einführung und Weiterentwicklung des Orientierungsplans, um für alle Kitas einheitliche Standards und Rahmenbedingungen für das frühkindliche Lernen zu erreichen.

Wir setzen uns für ein ganzheitliches Sprachförderkonzept ein, das in den Alltag der Kitas integriert wird. Das von der Landesregierung vorgeschlagene Testverfahren durch Sprachscreenings, das im Rahmen der Einschulungsuntersuchung eingeführt werden soll, lehnen wir als unzureichend ab.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Sprachtests durch eine systematische Beobachtung und Dokumentation der Sprachentwicklung der Kinder sowie die dazugehörigen Elterngespräche ersetzt werden. Für die Kleinkindbetreuungseinrichtungen soll der Orientierungsplan in den nächsten fünf Jahren mit den Trägern weiterentwickelt werden und verbindlich gelten.

### **Eng mit den Grundschulen kooperieren**

Kitas haben einen eigenständigen anspruchsvollen Bildungs- und Erziehungsauftrag, der sich an den frühkindlichen Bedürfnissen des ganzheitlich ausgerichteten spielerischen Lernens orientiert. Die Grundschule hat den Auftrag, die Kinder dort abzuholen, wo sie in ihrem jeweiligen Entwicklungsstand stehen, und ihrer Heterogenität durch kindgerechte und individualisierende Lernkonzepte gerecht zu werden. Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Kitas. Wir wollen aber Kinder nicht „schulreif“ trimmen, vielmehr sollen Lehrkräfte und ErzieherInnen in gemeinsamer Verantwortung den Übergang jedes Kindes von der Kita in die Grundschule konzeptionell vorbereiten und begleiten. Dabei sollen die Fachkräfte aus beiden Institutionen mehr Zeit erhalten, um die pädagogische Arbeit zu verzahnen.

### **Inklusion verbindlich im Kindergartengesetz festschreiben**

Das Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention, schrittweise ein inklusives Bildungswesen einzuführen, gilt auch für Kitas und muss verbindlich ins Kindergartengesetz aufgenommen werden. Für inklusiv arbeitende Gruppen müssen verlässliche

Rahmenbedingungen wie maximale Gruppengrößen festgelegt werden. Auf der Grundlage von Entwicklungsbeobachtung sollen mit den Eltern Zusatzangebote für die motorische, soziale, kognitive oder sprachliche Förderung der Kinder besprochen werden. Die Möglichkeiten für diese erweiterte Förderung können von interdisziplinären Teams, dem heilpädagogischen Fachdienst sowie von sonderpädagogischen Fachkräften in Poolstellen geschaffen werden.

### **Gut ausgestattete Kitas für eine echte Erziehungspartnerschaft**

Wir GRÜNEN treten für einen flächendeckenden Ausbau der Kitas zu wohnortnahen Familienzentren ein, um die Erziehungsaufgaben der Familien von Geburt an zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur Standorte mit flexiblen Betreuungszeiten geschaffen werden, sondern auch Standorte, in denen die Fähigkeiten und Interessen der Kinder frühzeitig gefördert werden, wo Austausch und Kontakt im Alltag für Familien möglich ist und Familien fachliche Beratung und Unterstützung erhalten können.

### **Aktionsplan für gut ausgebildete Fachkräfte**

Die Sicherung und der weitere Ausbau der Qualität in den Kitas können nur gelingen, wenn ausreichend Fachpersonal zur Verfügung steht. Bis Mitte nächsten Jahres sollen bereits 5.000 neue Fachkräfte gewonnen werden – so sieht es die neue Vereinbarung der Landesregierung mit dem Gemeinde- und Städtetag vor. Aber das reicht bei Weitem nicht aus: Bei einem zusätzlichen Bedarf von rund 12.500 neuen Fachkräften für die frühkindliche Bildung in den nächsten Jahren ist jetzt schon abzusehen, dass die Bemühungen der Landesregierung, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, nicht ausreichend sind.

Wir GRÜNEN fordern deshalb einen Aktionsplan für mehr Fachkräfte in den Kitas. Auch der Genderaspekt muss dabei berücksichtigt werden: Da der Anteil des männlichen Personals aktuell bei nur 2 Prozent liegt, müssen gezielt junge Männer als Erzieher angeworben werden. Um die Attraktivität des Berufs zu steigern und die Professionalität des pädagogischen Fachpersonals zu erhöhen, setzen wir uns dafür ein, die Studiengänge mit Bachelorabschluss an den Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen zügig auszubauen und auf die Dualen Hochschulen auszudehnen. Auch der Übergang von der Fachschule für Sozialpädagogik zur Hochschule muss erleichtert werden. Ein konsequenter Kita-Ausbau sollte zudem mit einer intensiven Imagekampagne für den ErzieherInnenberuf gekoppelt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit des Fachpersonals in Kitas angemessen bezahlt wird, seine Arbeitsbedingungen verbessert und ihm berufliche Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet werden.

## **LEITIDEE: DIE NEUE SCHULE: VIELFALT, GERECHTIGKEIT UND BESSERE LEISTUNGEN**

Wir GRÜNEN wollen ein sozial gerechtes Schulsystem für Baden-Württemberg, das die Individualität und Leistung jedes Kindes fördert. Statt Kinder früh in verschiedene Schubladen zu sortieren, wollen wir jedem Kind die Möglichkeit geben, sein individuelles Bildungsziel zu erreichen. Alle Kinder lernen mit- und voneinander. Durch vielfältige Lernwege wird individuelle Unterstützung für jedes Kind ermöglicht.

### **Blockaden für Schulentwicklung auflösen**

Das Schulsystem in Baden-Württemberg ist durch soziale Ungerechtigkeit und



Sortierwahn geprägt, die für Eltern, Lehrkräfte und SchülerInnen viel Stress und Druck bedeuten. Das frühe Aufteilen der Kinder auf verschiedene Schularten nach der 4. Klasse erzeugt bei vielen SchülerInnen Versagensängste, entmutigt sie und hat negative Auswirkungen auf ihr Lernverhalten und ihre Lernfreude. Welche Grundschulempfehlung ein Kind bekommt, hängt in hohem Maße von seiner sozialen Herkunft ab und macht damit vor allem Kinder aus sozial schwachen und benachteiligten Elternhäusern zu Bildungsverlierern, oft ungeachtet ihrer kognitiven Leistungen und Leistungsfähigkeit. Das ist ungerecht und lässt viel Potenzial ungenutzt, das unser Land aber dringend braucht. Wir GRÜNEN stehen deshalb für offene Bildungswege ohne Barrieren. Das gegliederte Schulsystem wird der komplexen Lern- und Lebenssituation von Kindern heute nicht mehr gerecht.

Trotz des großen pädagogischen Engagements der Lehrkräfte ist die Hauptschule vielerorts vom Aussterben bedroht. Keines der zahlreichen vom Kultusministerium verordneten „Fitnessprogramme“ konnte dies verhindern, und auch mit dem Etikett „Neue Werkrealschule“ wird eine Schulart, die keine Akzeptanz mehr besitzt, nicht besser. Die Einführung des Turbo-Gymnasiums (G8) hat den Druck in den Gymnasien enorm erhöht – vielfach über die Grenzen des Erträglichen hinaus –, dennoch ist der Trend zum Gymnasium ungebrochen.

Dass rund ein Drittel aller AbiturientInnen die allgemeine Hochschulreife nicht über die allgemeinbildenden, sondern über die beruflichen Gymnasien erlangt, zeigt, dass das gegliederte Schulsystem und das Schubladendenken der individuellen Leistungsfähigkeit der Kinder sowie der Komplexität ihrer Lern- und Lebenssituationen heute nicht gerecht werden.

> Siehe Seite 120

Die Landesregierung blockiert bislang rigoros alle innovativen Schulentwicklungsinitiativen, die seit Jahren von Schulen und Kommunen entwickelt und beantragt werden und diesem Schubladendenken nicht entsprechen. Dies ist Ausdruck der bürokratischen Verkrustung unseres Bildungswesens sowie der Angst vor einer neuen freiheitlichen und lebendigen Schulkultur. Wir GRÜNEN stehen für eine Schulentwicklung von unten und wollen dafür die notwendigen Freiräume schaffen.

### **Vom Lernen im Gleichschritt zur individuellen Förderung**

Im gegliederten Schulsystem führt die Orientierung an einem einheitlichen Niveau in jeder Schulart dazu, dass starke SchülerInnen unter- und schwache SchülerInnen überfordert werden. Baden-Württemberg braucht jedoch alle Talente, um seine Stärken im internationalen Wettbewerb zu halten und auszubauen. Es ist ungerecht und aus wirtschaftlicher Sicht verantwortungslos, rund ein Viertel der SchülerInnen verloren zu geben.

Schulen, die heute schon individuelle Förderung praktizieren, stoßen schnell an die Grenzen des hierarchisch gegliederten Schulsystems, denn selektive Strukturen zwingen zur starren Vereinheitlichung der Anforderungen, innerhalb derer echte individuelle Förderung als Begünstigung Einzelner erscheint. Für uns GRÜNE gehört deshalb zur neuen Schul- und Lernkultur auch die Möglichkeit für die Schulträger, hier neue Wege zu gehen: Eine integrative und inklusive Schule, die Kinder, statt sie zu sortieren, gemeinsam entsprechend ihren individuellen Begabungen fördert, ist keine Utopie, sondern ein weltweiter Standard. Die Entwicklung von neuen Schulmodellen muss deshalb auch in Baden-Württemberg so schnell wie möglich eingeleitet werden.



## **Schulentwicklung von unten: Gemeinden gestalten ihre Schulen**

Schulen sind ein lebendiger Teil einer Gemeinde. Deshalb wollen wir GRÜNEN mit einer Novelle des Schulgesetzes den Kommunen mehr Verantwortung für ihre Schulen, für ihre Schulstruktur und für die Neuordnung der Schulstandorte (regionale Bildungsplanung) geben. Dies erfordert zum einen eine neue Verteilung der Zuständigkeiten von Land, Kommunen und Schulen, zum anderen aber auch eine neue innere Struktur der Schulen und eine stärkere Einbindung der Schulen in die kommunale Verantwortung. Auf der Basis der Voten der Schulkonferenz und der Schulverwaltung sollen die Schulleitungen auf Zeit von den kommunalen Gremien gewählt werden. Sie sind für die pädagogische Arbeit und die Personalführung zuständig. Für die reine Verwaltungsarbeit können VerwaltungsassistentInnen eingestellt werden.

Eine konsequente Evaluation der Schulen durch das Land sorgt für die Vergleichbarkeit der Schülerleistungen an den einzelnen Schulen, wobei jedoch der soziale Hintergrund der SchülerInnen und der jeweiligen Schule stets mitberücksichtigt werden muss. Grüne Schulpolitik setzt darauf, dass die Gemeinden die lokalen und regionalen Herausforderungen und Besonderheiten im Bildungsbereich genau kennen und deshalb gezielt handeln können, auch was die Vernetzung der jetzt parallel laufenden sozialen Hilfesysteme mit einer guten und breit angelegten Schulsozialarbeit angeht.

## **Wir lassen die Schule im Dorf: Eine wohnortnahe Schule für alle**

Der demografische Wandel macht sich inzwischen auch an den Schulen Baden-Württembergs bemerkbar. Die SchülerInnenzahlen gehen insgesamt zurück. In Verbindung mit den seit Jahren sinkenden Übergangszahlen zu den Hauptschulen

wird dies in den nächsten Jahren zu einem dramatischen Haupt- und Werkreal-schulsterben führen, weil diese die erforderlichen und pädagogisch wünschenswerten Mindestgrößen bei Weitem nicht mehr erreichen können. Wird das gegliederte Schulsystem beibehalten, wird in den Jahren 2015 bis 2020 nur noch ein Drittel aller Gemeinden über eine weiterführende Schule verfügen. Gymnasien, Realschulen, Werkrealschulen und die wenigen Hauptschulen konzentrieren sich dann vor allem auf Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen.

Die Landesregierung hat mit der Einführung der Neuen Werkrealschule diesen Zentralisierungsprozess und das Schulsterben im ländlichen Raum massiv beschleunigt. Wir GRÜNEN wollen deshalb das Anliegen vieler Kommunen, ihre Schulstandorte durch ein größtmögliches Angebot an weiterführenden Bildungswegen innerhalb einer Schule zukunftsfähig auszugestalten, aktiv unterstützen.

Die Einführung von zwei- oder dreizügigen Basisschulen als Gemeinschaftsschulen für alle Kinder kann, bei gezielter regionaler Planung, zwei Drittel der Gemeinden eine Sekundarschule ermöglichen.

### **Anreize für innovative Schulentwicklung schaffen**

Etwa 60 Kommunen in Baden-Württemberg, darunter viele größere Städte, haben bereits Anträge auf Genehmigung von neuen, integrativen Modellschulen gestellt. Sie wollen dabei nicht nur ihre Standorte attraktiver gestalten, sondern auch den Wünschen vieler Eltern nach neuen Schulformen entgegenkommen. Wir GRÜNEN unterstützen diese kommunalen Initiativen und setzen uns für die Genehmigung der Anträge ein.

Allen Schulen, die sich auf diesen Weg machen, wollen wir ein Fortbildungs- und Innovationsbudget zur Unterstützung ihrer Teamentwicklung und für die Erarbeitung neuer Kompetenz- und Lernkonzepte zur Verfügung stellen. Die Schulen erhalten die Möglichkeit, Selektionsinstrumente wie die Versetzungs- und Notenverordnung aufzuheben. Im Gegenzug müssen sie ihre Schulentwicklungsprozesse evaluieren und offenlegen. Bei Schulen, die SchülerInnen der gesamten Bandbreite der Vielfalt unterrichten, orientiert sich die Ressourcenzuweisung am neuen Zuweisungsmodus der maximalen Klassengröße. Die maximale Klassengröße wollen wir auf 25 SchülerInnen festlegen.

Bei besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung werden zusätzliche Stunden für Kleingruppenbildungen zugewiesen. Alle weiterführenden Schulen des Landes können sich zu solchen Basisschulen als Gemeinschaftsschulen für alle Kinder weiterentwickeln.

## **Die Basisschule als Gemeinschaftsschule für alle Kinder sowie als innovative und leistungsfördernde Schule**

Die Basisschule ist eine Gemeinschaftsschule für alle Kinder. Sie baut auf einer oder mehreren vierjährigen Grundschule/-n auf und soll in der Regel mindestens zweizügig sein, um die fachliche Spezialisierung der Lehrkräfte zu nutzen und eine vielfältige Profilbildung zu ermöglichen. Die Basisschule umfasst alle Bildungsgänge der Sekundarstufe I und führt nach dem 10. Schuljahr zu einem differenzierten mittleren Bildungsabschluss.

Alle Basisschulen entwickeln eine neue Lehr- und Lernkultur. Gruppen von eigenständig lernenden SchülerInnen in offenen Räumen prägen das Bild der Schulen, nicht Frontalunterricht hinter verschlossenen Klassenzimmertüren im 45-Minuten-

Takt. Arbeit in Kleingruppen, individuelles Erarbeiten sowie Projektarbeit werden von der Ausnahme zum Regelfall. Jedes einzelne Kind kann so in angemessenem Tempo seine Fähigkeiten und Stärken bestmöglich entwickeln, wobei die individuelle Förderung der Stärken im Mittelpunkt steht. Dabei soll keine Schülerin und kein Schüler unter- oder überfordert sein. Damit ergeben sich Verbesserungen der Lernsituation und des Lernerfolgs für die leistungsstarken wie auch für die leistungsschwachen SchülerInnen. Über Kompetenzraster kann der Lernstand jedes Schülers und jeder Schülerin erfasst und der weitere Lernweg geplant werden. Die Lehrkräfte begleiten ihre SchülerInnen auf ihrem Lernweg und überprüfen die Lernfortschritte. Neue Formen der Leistungsrückmeldung wie Lernentwicklungsgespräche und -berichte sowie Portfolios führen stufenweise zur Notengebung in den höheren Jahrgängen. Berufsorientierung und Berufspraktika erhalten einen hohen Stellenwert für alle SchülerInnen.

Die Basisschule als Gemeinschaftsschule für alle Kinder erlaubt ein Maximum an Flexibilität innerhalb verbindlicher Leitplanken: der Bildungspläne. Diejenigen Schulen in Baden-Württemberg, die diesen Weg schon gehen, können als Beispiele guter Praxis dienen.

In der Basisschule werden die Grundlagen für weitere schulische und berufliche Bildungswege geschaffen. Nach einem mittleren Abschluss öffnen sich für die SchülerInnen vielfältige Bildungs- und Ausbildungswege: Sie können sich z.B. für eine duale Ausbildung entscheiden und bei guten Leistungen und zusätzlichen Bildungsangeboten am Ende der Ausbildung eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben oder sie besuchen eine Berufsfachschule oder ein Berufskolleg. Gute SchülerInnen können auch schon nach der mittleren Reife in eine allgemeinbildende oder in eine



berufliche gymnasiale Oberstufe wechseln. Dabei treten wir für einen Rechtsanspruch ein – wenn die Aufnahmevoraussetzungen dafür erfüllt werden.

Durch die Individualisierung des Unterrichts können auch die Lernzeiten individuell ausgestaltet werden. So können SchülerInnen nach der 9. Klasse in die gymnasiale Oberstufe wechseln. In einer sich verändernden Schullandschaft soll sich auch die gymnasiale Oberstufe weiterentwickeln. Wir wollen vielfältige Profilbildungen in der Oberstufe ermöglichen, die den Neigungen und den Leistungen der SchülerInnen entsprechen.

Die Basisschule als Gemeinschaftsschule für alle Kinder soll sich zu einem Ort der gelebten Demokratie entwickeln, an dem eine neue Kultur der Beteiligung selbstverständlich ist. Die Schulkonferenz, in der das Lehrpersonal, die Schülerschaft, die Eltern und der Schulträger viertelparitätisch vertreten sind, trifft letztendlich die wesentlichen Entscheidungen für die Schule. Dazu gehört auch die Einstellung von Personal im Rahmen eines Personalbudgets.

Die Basisschule soll im Schulgesetz verankert werden. Wir GRÜNEN streben an, dass sich jährlich 10 Prozent der weiterführenden Schulen zu Basisschulen weiterentwickeln.

### **Mehr Flexibilität und Lernchancen an allen bestehenden Schularten**

Um den Druck aus der Grundschule herauszunehmen, wollen wir die Grundschulempfehlung abschaffen und durch eine qualifizierte Beratung der Eltern ersetzen. Die Eltern treffen die Entscheidung über die weiterführende Schule für ihr Kind. Wir wollen für bessere Lernbedingungen durch kleinere Klassen sowie Differenzierungskontingente an allen bestehenden Schularten sorgen. Jede Schule kann

zu einer offenen oder gebundenen Ganztagschule weiterentwickelt werden. Die Schulen müssen mehr Freiräume erhalten, um unterschiedliche Lernniveaus sowie flexiblere Lernzeiten anbieten zu können.

Damit wird die Durchlässigkeit im Bildungswesen insgesamt erhöht. Unsere Vorstellungen im Einzelnen:

- Das achtjährige Gymnasium (G8) soll weiterhin die Regelform bleiben. Obwohl durch das hohe Lerntempo im G8 SchülerInnen und LehrerInnen unter höherem Druck stehen, ist eine erneute Umstrukturierung aller Gymnasien derzeit nicht sinnvoll. Die gestrichenen zwei Poolstunden im G8 werden wieder gewährt, sodass insgesamt zwölf Poolstunden für individuelle Förderung und Differenzierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.
- Wir wollen den Gymnasien aber die Möglichkeit geben, entweder ein Brückenjahr nach der 9. Klasse einzurichten oder zunächst als Schulversuch auf Wunsch der Schulkonferenz und auf Antrag des jeweiligen Schulträgers zwei Geschwindigkeiten in der Unter- und Mittelstufe bis zur mittleren Reife zuzulassen. Im Brückenjahr nach der 9. Klasse vor Eintritt in die Oberstufe können der gymnasiale Lernstoff der vergangenen Jahre wiederholt und gefestigt sowie der Realschulabschluss erworben werden. QuereinsteigerInnen nach der 9. Klasse aus der Realschule können in diesem Brückenjahr auf den Übergang in die allgemeinbildende gymnasiale Oberstufe vorbereitet werden.
- Wir GRÜNEN wollen allen HauptschülerInnen ein 10. Schuljahr zum Erwerb der mittleren Reife ermöglichen – und zwar ohne Notenhürde nach der 9. Klasse. Die Abschaffung der Notenhürde gilt auch für Werkrealschulen.
- Realschulen wollen wir gestatten, bei entsprechender Nachfrage eine zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse anzubieten. Dadurch können sie ihre Schü-

lerInnen besser auf den Übergang in eine allgemeinbildende oder berufliche gymnasiale Oberstufe oder in eine duale Ausbildung vorbereiten.

- Notwendig ist angesichts des wachsenden Fachkräftebedarfs auch eine insgesamt bessere berufliche Vorbereitung an allen weiterführenden Schulen, damit die SchülerInnen die Anforderungen einer anspruchsvollen dualen Ausbildung erfolgreich bewältigen können.

## **LEITIDEE: CHANCENGERECHTIGKEIT IN DER BILDUNG**

Baden-Württemberg schneidet bei Studien zur Bildungsgerechtigkeit seit Jahren sehr schlecht ab. Wir GRÜNEN wollen dieser Vergeudung von Chancen und Talenten entschieden entgegenwirken. Mit der Basisschule als Gemeinschaftsschule für alle Kinder kann dies gelingen, weil sie nicht von vorneherein Kinder aus benachteiligten Familien ausschließt. Kinder aus benachteiligten Elternhäusern und Kinder mit Sprachproblemen können von der individuellen Förderung in der Basisschule besonders profitieren, weil hier z.B. gezielte Sprachförderungsmaßnahmen oder das Fach „Deutsch als Zweitsprache“ angeboten werden. Die gute Kenntnis der deutschen Sprache ist für den Bildungserfolg die wichtigste Voraussetzung.

Die Basisschule betrachtet kulturelle Vielfalt als Wert und als Ressource. Dieses interkulturelle Leitbild soll sich auch in der Zusammensetzung des Lehrkollegiums an allen Schulen widerspiegeln: Wir wollen mit einem Förderprogramm gezielt Lehrkräfte mit Migrationshintergrund anwerben, auch akademisch ausgebildete QuereinsteigerInnen mit berufsbegleitender didaktischer und pädagogischer Ausbildung. Ihre interkulturellen Kompetenzen, z.B. ihre muttersprachlichen Kenntnisse,

sollen zertifiziert und an allen Schulen als Zusatzqualifikation bei der Einstellung berücksichtigt werden.

Zur Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund sollen BildungslotsInnen und LernpatInnen gewonnen werden. Wir treten auch dafür ein, dass die Übermittlungspflicht für Schulen in § 87 des Aufenthaltsgesetzes abgeschafft wird, damit auch Kinder ohne Aufenthaltsstatus ohne Angst vor Entdeckung die Schule besuchen können. Besonders wichtig ist uns zudem die Erweiterung des Angebots in der rhythmisierten Ganztagschule, weil hier mehr Möglichkeiten der Unterstützung durch die Lehrkräfte, aber auch der SchülerInnen untereinander bestehen. Dabei sind neben Angeboten im kognitiven Bereich auch musisch-kreative und bewegungsintensive Elemente wichtig. Den muttersprachlichen Unterricht wollen wir schrittweise ins reguläre Schulangebot integrieren. Er soll künftig als erweitertes Bildungsangebot in der Ganztagschule oder als zweite oder dritte Fremdsprache an den Schulen bedarfsorientiert angeboten werden.

### **Ganztagschulen: Vom Schulversuch zur Regelschule**

Wir GRÜNEN setzen uns für den Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagschule ein. Die Ganztagschule soll als Regelform im Schulgesetz verankert werden. Den seit über 20 Jahren bestehenden Schulversuchsstatus wollen wir damit endlich beenden. Wir fordern einen raschen Ausbau der Ganztagschulen, da der Bedarf in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird.

Wo Ganztagschule draufsteht, muss auch Ganztagschule drin sein: Unser Ziel ist eine rhythmisierte Ganztagschule, in der Unterricht, Lernzeit, Arbeitsgemeinschaften sowie Freizeit- und Bildungsangebote sinnvoll über den Schultag verteilt



wechseln, wobei individuelle Gestaltungsfreiräume möglich sein müssen. Die tägliche Sportstunde gehört genauso dazu wie musisch-kulturelle Angebote, z.B. Instrumentalklassen, Kunstprojekte und Schultheater. Für die Umsetzung dieser Angebote sollen die Ganztagschulen eng mit der außerschulischen Jugendbildung kooperieren – auf gleicher Augenhöhe und auf der Basis von kostendeckenden Honoraren. Für den Ausbau der Ganztagschulen sind zusätzliche Lehrerstunden und ein Budget für außerschulische Lehrbeauftragte notwendig. Das bisherige ehrenamtliche Jugendbegleiterprogramm ist bei Weitem nicht ausreichend. Bestandteil der Ganztagschule muss ein qualitativ hochwertiges Schulmittagessen aus vorwiegend regionaler und biologischer Erzeugung sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass Lehrerstunden für Ganztagschulen mit besonderen pädagogischen und sozialen Aufgabenstellungen nicht reduziert werden, sondern dauerhaft erhalten bleiben. Die Landesregierung sieht für den Ausbau der Ganztagschulen 1.850 neue Lehrstellen vor. Wir wollen zusätzlich 1.000 Deputate zur Verfügung stellen – wahlweise entweder als ergänzende Lehrerstunden oder als Lehrbeauftragtenmittel.

### **Schule der Vielfalt – Schule der Inklusion**

Wir GRÜNEN fordern, dass endlich die verbindlichen Vorgaben der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen an den Schulen umgesetzt werden. Baden-Württemberg ist dadurch verpflichtet, schrittweise ein inklusives Bildungssystem einzuführen. Im Gegensatz zur Landesregierung, die bis zum Jahr 2013 an der Sonderschulpflicht festhalten will, wollen wir die Sonderschulpflicht sofort abschaffen.

Eltern behinderter Kinder sollen selbst entscheiden, ob ihre Kinder eine Regelschule oder eine Sonderschule besuchen. Dieses uneingeschränkte Wahlrecht wollen wir im Schulgesetz verankern. Dem Wunsch der Eltern nach dem Schulort ist Rechnung zu tragen. Kinder mit Behinderungen haben ein Recht auf optimale individuelle sonderpädagogische Förderung, unabhängig davon, welche Schule sie besuchen, und unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung.

Durch differenzierte Formen der Inklusion kann dieser Anspruch in ganz Baden-Württemberg umgesetzt werden. Dabei ist sicherzustellen, dass in allen Formen das Qualitätsniveau der sonderpädagogischen Förderung erhalten bleibt. Schulen sind dementsprechend zu beraten, zu betreuen und fachlich zu unterstützen.

Inklusion muss zum Grundgedanken für alle Schulen werden: Nicht nur die allgemeinen Schulen sollen sich öffnen, sondern auch Sonderschulen sollten grundsätzlich allen SchülerInnen offenstehen. Beides wird in einigen Schulen des Landes bereits gelebt und soll Inspiration und Vorbild für alle Schulen sein. Für diese große Herausforderung bedarf es der interdisziplinären Zusammenarbeit verschiedener pädagogischer Fachkräfte.

Wir GRÜNEN wollen an den Regelschulen schrittweise eine heil- und sonderpädagogische Grundausstattung einführen, von der alle Kinder profitieren können. Sonderpädagogische Lehrkräfte sind ExpertInnen für Diagnostik und Förderpläne. Sie können mit ihrem Fachwissen die Lehrkräfte an den Regelschulen intensiv unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte Förderung, die heute an den Förderschulen für Lernbehinderte sowie den Sprachheilschulen stattfindet, künftig in die Regelschulen integriert wird. Heil- und SonderpädagogInnen sowie Schulso-

zialarbeiterInnen arbeiten dann im Team mit den jeweiligen Fachkräften und sind Mitglieder des Lehrkollegiums.

Auch viele SchülerInnen, die an Schulen für Erziehungshilfe unterrichtet werden, können künftig mit sonder- und sozialpädagogischer Unterstützung in die Regelschulen integriert werden. Wir fordern außerdem die schrittweise Einführung von Schulsozialarbeit an jeder weiterführenden Schule und eine Drittelfinanzierung des Landes. Die Anzahl der SchulpsychologInnen muss deutlich aufgestockt werden.

Die Umorientierung bei der Eingliederungshilfe – weg von den großen zentralen Einrichtungen, hin zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Gemeinde – kann nur gelingen, wenn Kinder bereits in der Schule durch gemeinsamen Unterricht das soziale Miteinander und den wertschätzenden Umgang mit Vielfalt lernen.

## **Unterrichtsversorgung sicherstellen und Lernbedingungen verbessern**

Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass der Unterricht verlässlich stattfindet. Wir GRÜNEN wollen mit einem Stufenplan erreichen, dass das Unterrichtsdefizit insbesondere an den beruflichen Schulen und den Sonderschulen in den nächsten Jahren reduziert und mit dem Abbau der Bugwellen von Überstunden an den beruflichen Schulen und Gymnasien begonnen wird. Um die Unterrichtsversorgung verlässlich zu garantieren, wollen wir außerdem die Krankheitsreserve erhöhen. Fortbildungen sollen möglichst in die unterrichtsfreie Zeit verlagert werden, um den dadurch bedingten Unterrichtsausfall gering zu halten.

Die von der Landesregierung zur Absenkung des Klassenteilers geschaffenen zusätzlichen Lehrerstellen sollen gerecht und effizient eingesetzt werden. Deshalb

wollen wir von der Zuweisung nach dem Klassenteilerprinzip auf eine Pro-Schüler-Zuweisung von Lehrerstunden umstellen. Dabei soll jeweils ein Sozialindex berücksichtigt werden. Eine extreme Spanne zwischen sehr kleinen und sehr großen Klassen kann durch die neue Regelung vermieden werden. Und Schulen mit einem hohen Anteil an besonders förderbedürftigen SchülerInnen können zusätzliche Stunden für Kleingruppenbildungen oder Einzelförderung erhalten.

Zur Umstellung auf individuelle Förderung und zum raschen Ausbau der Ganztagschulen passt die Festlegung der Lehrerarbeitszeit über die Deputatsstunden nicht mehr. Wir GRÜNEN setzen uns deshalb dafür ein, dass endlich neue Arbeitszeitmodelle, die sich an allen pädagogischen Aufgaben der Lehrkräfte orientieren, eingeführt werden. Eine Vorreiterrolle für diese Entwicklung können neue Basisschulen als Gemeinschaftsschulen für alle Kinder übernehmen.

Die neue Schulkultur kann nur erfolgreich sein, wenn LehrerInnen intensiver zusammenarbeiten und effektive Teamstrukturen aufbauen. Fest etablierte Teamstrukturen entfalten eine unmittelbare Wirkung auf die Unterrichtsqualität, gerade wenn komplexe Aufgaben bewältigt werden sollen. Teamstrukturen sollen LehrerInnen entlasten; sie dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen führen. Wir wollen eine Optimierung der Ferienzeiten prüfen. Sommerschulen, bei denen Lernangebote mit kulturellen Angeboten kombiniert werden, sollen unterstützt werden.

### **LehrerInnen stärken: Die Lehramtsausbildung reformieren**

SchülerInnen individuell zu fördern, das ist in Zukunft die Kernaufgabe von LehrerInnen. Sie müssen deshalb gezielt für die Anforderungen und Bedürfnisse der jeweiligen Alterstufen ausgebildet werden, also für die Grundschule, die Mittelstufe

und die Oberstufe sowie für spezielle pädagogische Förderung – und nicht mehr für die verschiedenen Schularten.

Wir wollen dabei die fachwissenschaftliche Stärke der heutigen Ausbildung an den Universitäten, die didaktisch-pädagogische Stärke der Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen und die Praxisnähe der Studienseminare miteinander verbinden. Mit einem fachbezogenen Bachelor, der an verschiedenen Hochschulen erworben werden kann, holen wir die Lehrerausbildung aus der Sackgasse: Studierende, die während der Ausbildung merken, dass sie für das Berufsfeld Schule doch nicht geeignet sind, können sich rechtzeitig umorientieren.

In der Lehrerausbildung müssen Praxisnähe, Fachdidaktik, entwicklungspsychologische und erzieherische Inhalte, sonderpädagogische Grundlagen sowie interkulturelle Kompetenz zukünftig eine größere Rolle spielen. Die Entscheidung für den Lehrberuf fällt erst nach einem Schuljahr als Trainee-Lehrkraft, das durch Angebote an den bildungswissenschaftlichen Hochschulen vorbereitet, unterstützt und vertieft wird. Die Trainee-LehrerInnen im Praxisjahr haben Beschäftigtenstatus.

Der dann zu erwerbende „Master of Education“ beinhaltet für die zukünftigen LehrerInnen Fachdidaktik für die entsprechende Klassenstufe, differenzierte lernpsychologische, entwicklungspsychologische und erziehungswissenschaftliche Inhalte, die Vermittlung interkultureller Kompetenzen, aber auch Trainingseinheiten, die den künftigen LehrerInnen helfen, die Bereitschaft zum Hinschauen und eine Haltung des Respekts und der Wertschätzung zu entwickeln. Deshalb wollen wir die Pädagogischen Hochschulen zu bildungswissenschaftlichen Hochschulen ausbauen. Sie sollen darüber hinaus – unabhängig von der Lehrerausbildung –

bildungswissenschaftliche Profile entwickeln und Forschung, insbesondere hinsichtlich schulischer und bildungswissenschaftlicher Problemstellungen, betreiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Eingangsbesoldung für FachlehrerInnen und Technische LehrerInnen angehoben wird und sie auch Funktionsstellen an Schulen übernehmen können. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, sich über eine berufsbegleitende Fortbildung für die Höhergruppierung in das wissenschaftliche Lehramt zu qualifizieren.

Zukunftsweisende Konzepte regionaler Kooperationen zwischen Pädagogischen Hochschulen und anderen Hochschulen wollen wir in besonderer Weise fördern. Wir treten dafür ein, dass einzelne Lehrkräfte oder auch ganze Schulteams wieder qualitativ anspruchsvolle Fortbildungen erhalten. Hierfür wollen wir mehr Mittel zur Verfügung stellen und diese Aufgabe schrittweise den künftigen bildungswissenschaftlichen Hochschulen übertragen.

Den Beamtenstatus wollen wir auf hoheitliche Aufgaben beschränken. Wenn Lehrkräfte Angestellte sind, können die Staatsexamina wegfallen. In einer neuen dreijährigen Schuleingangsphase, die zusammen mit dem Master das Referendariat ersetzt, wird der Einstieg in den Beruf fachlich begleitet und reflektiert.

### **Werte lernen: Ethik und Religion als Wahlpflichtfächer**

Immer weniger SchülerInnen nehmen am konfessionsgebundenen Religionsunterricht teil. Wir GRÜNEN setzen uns deshalb für eine Stärkung des Werte vermittelnden Unterrichts in Baden-Württemberg ein. Kerngedanke ist, dass in einer pluralistischen Gesellschaft der Religionsunterricht kein Monopol auf die Werteer-

ziehung für alle SchülerInnen beanspruchen kann. Wir wollen neben Religion Ethik als gleichberechtigtes Wahlpflichtfach ab der 1. Klasse anbieten. Dies wollen wir im Schulgesetz verbindlich verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass eine verstärkte Kooperation zwischen den religiösen Unterrichtsfächern verschiedener Bekenntnisse sowie dem Ethikunterricht bis hin zu gemeinsamen Unterrichtsphasen stattfindet. So können die SchülerInnen Unterschiede reflektieren, Vorurteile abbauen, Toleranz entwickeln und Gemeinsamkeiten entdecken.

## **Freie Schulen stärken, Kommerzialisierung verhindern**

Schulen in freier Trägerschaft sind Ausdruck einer lebendigen Bürgergesellschaft. Sie sorgen für die erwünschte Vielfalt in der Bildungslandschaft und liefern mit innovativen pädagogischen Konzepten wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des öffentlichen Bildungswesens. Deshalb wollen wir die seit vielen Jahren überfällige gerechte Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft in den nächsten beiden Haushaltsjahren umsetzen. Unser Ziel ist dabei ein Kostendeckungsgrad von mindestens 80 Prozent der Kosten eines Schülers/einer Schülerin an den staatlichen Schulen, eine Beteiligung an den Investitionskosten sowie ein angemessener rückwirkender Ausgleich nach der dreijährigen Wartefrist. Nur so können die freien Schulen das im Grundgesetz verankerte Sonderungsverbot einhalten: Der Besuch ihrer Schule darf nicht vom Einkommen der Eltern oder der sozialen Herkunft der Kinder abhängen.

Gleichzeitig wollen wir aber dem wachsenden Trend zu Schulgründungen kommerzieller Träger entgegenwirken. Bildung ist keine Ware und darf nicht an wirtschaftlichen Verwertungsinteressen ausgerichtet werden. Unsere staatlichen Schulen müssen die pädagogischen und schulrechtlichen Rahmenbedingungen erhalten,

die notwendig sind, damit sich Eltern nicht wegen ungenügender Förderung und Unzufriedenheit aus dem staatlichen Schulsystem verabschieden.

Das Sonderungsverbot als Genehmigungsvoraussetzung muss regelmäßig überprüft werden, um einer sozialen Spaltung der Gesellschaft durch die Gründung teurer Privatschulen entgegenzuwirken. Alle freien Schulen müssen zudem in die Pflicht zur Offenlegung und Transparenz durch innere und externe Evaluation im Rahmen ihres pädagogischen Konzepts einbezogen werden. Als Teil des öffentlichen Schulwesens sind auch sie zur Rechenschaft und Einhaltung von Qualität verpflichtet.

## **LEITIDEE: „BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“ KONSEQUENT UND ZÜGIG UMSETZEN**

Nachhaltige Entwicklung und der verantwortungsbewusste Umgang mit Ressourcen sind enorm wichtige Zukunftsaufgaben, die entsprechend der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2009–2014)“ zügig umgesetzt werden sollten. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer nachhaltigen globalen Entwicklung muss im Denken und Handeln von Kindern und Jugendlichen geschärft werden. Deshalb brauchen wir ein Leitbild der nachhaltigen Entwicklung als roten Faden in den Bildungsplänen. Dabei geht es nicht nur um Umweltbildung, sondern auch um die Vermittlung von Werten wie Gerechtigkeit, Fairness und Toleranz, um die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie um Armutsbekämpfung. Die Anerkennung und der Erwerb von Mehrsprachigkeit tragen zur Förderung globaler Gerechtigkeit und Toleranz bei.

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bedeutet, Kinder und Jugendliche in die



Lage zu versetzen, ihre eigene Rolle als Mitglied der Gemeinschaft und als KonsumentIn kritisch zu reflektieren und auf Nachhaltigkeit auszurichten. Sie basiert auf Prinzipien, die eine nachhaltige Lebensweise, Demokratie und menschliches Wohlergehen unterstützen. Für ihren Erfolg sind Fähigkeiten wie vorausschauendes und interdisziplinäres Denken, Offenheit für neue Perspektiven, Einfühlungsvermögen sowie die Bereitschaft, sich einzubringen, notwendig. Diese anspruchsvollen Ziele können nur mit einem Gesamtkonzept erreicht werden.

Über das Anlegen eigener Schulgärten, den Besuch von Biobauernhöfen und Naturschutzgebieten sowie Nachhaltigkeitsprojekte und Schulpartnerschaften erhalten Kinder und Jugendliche zudem einen praktischen Zugang zu diesem Thema. Zur nachhaltigen Entwicklung gehört für uns aber auch eine umfassende politische Bildung. Dabei legen wir besonderen Wert darauf, dass die Kinder schon im frühen Alter politisch mündig werden und eigenständiges Denken erlernen.

Wir wollen, dass eine in einem Wettbewerbsverfahren ausgewählte Pädagogische Hochschule als Kompetenzzentrum für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ die landesweiten Aktivitäten in diesem Bereich vernetzt und voranbringt. Wir GRÜNEN fordern, dass „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Leitbild aller Bildungseinrichtungen und in der Ausbildung aller PädagogInnen verankert wird.

Dringend notwendig ist zudem eine Vorbildfunktion der Landesregierung für diese Ziele in allen Landeseinrichtungen, z.B. durch ein nachhaltiges Beschäftigungswesen, energetische Sanierungen, den konsequenten Ausbau und die Nutzung von regenerativen Energiequellen, die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Beschaffung (etwa eines Zertifikats für ohne Kinderarbeit hergestellte Produkte),

den Ausbau des ÖPNV sowie die Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten beim Betrieb von Mensen und Kantinen.

### **Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen**

Wir wollen früh investieren statt später teuer zu reparieren. In der nächsten Legislaturperiode benötigen wir erhebliche zusätzliche Mittel für den Ausbau und die Qualitätsverbesserung der U3-Betreuungseinrichtungen und Kindertagesstätten. Bei der Finanzierung dieses Bedarfs müssen Bund und Länder zusammenwirken. Darüber hinaus wollen wir die Betreuungsrelation in den Schulen verbessern. Dazu benötigen wir zusätzliche Mittel für den Ausbau der Ganztagschule, die Einstellung von sonderpädagogischen Lehr- sowie heilpädagogischen Fachkräften, die Aufstockung der Stellen für SchulpsychologInnen, den Ausbau der Krankheitsreserve, den Abbau des Unterrichtsdefizits an beruflichen Schulen und Sonderschulen, den Ausbau der beruflichen Gymnasien sowie die Einführung des Ethikunterrichts ab der 1. Klasse alternativ zum Religionsunterricht, zur Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit sowie für die Verbesserung der Lernbedingungen und die Schaffung von Anreizen für die innovative Schulentwicklung. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode deshalb alle rechnerisch durch den SchülerInnenrückgang frei werdenden Stellen für den Ausbau und die Qualitätsverbesserung der Bildungseinrichtungen einsetzen. Längerfristig können wir die zunächst notwendigen höheren Ausgaben, die wir für die Finanzierung aller Bildungseinrichtungen von den Kitas bis zu den Hochschulen benötigen, durch die demografische Entwicklung refinanzieren.

## **LEITIDEE: BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN: JUGENDLICHE FÜR DIE ARBEITSWELT FIT MACHEN**

### **Die duale Ausbildung umfassend reformieren**

Seit 20 Jahren wurde das Angebot an Ausbildungsplätzen immer weiter abgebaut, obwohl die Zahl der SchulabgängerInnen stetig gestiegen ist. Heute bildet nur noch etwa die Hälfte aller berechtigten Betriebe aus – immer mehr junge Menschen suchen daher vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Oft landen sie in Warteschleifen oder absolvieren unbezahlte Praktika – ein unhaltbarer Zustand. Wir GRÜNEN setzen uns daher für eine umfassende Reform des dualen Ausbildungssystems ein.

### **Das Recht auf Ausbildung verwirklichen**

Ein attraktives Ausbildungsangebot ist die Grundlage für die Zukunft junger Menschen. Allen jungen Menschen muss deshalb der Zugang zu einer praxisnahen Ausbildung offenstehen. Eine duale Ausbildung in der Berufsschule und im Betrieb bietet die beste Voraussetzung dafür. Wenn Betriebe in Krisen- oder in Umbruchzeiten nicht mehr genügend Ausbildungsplätze bereitstellen, muss das Land entsprechend dem Schulgesetz diese Aufgabe übernehmen, damit jeder junge Mensch einen Ausbildungsplatz erhält. Nur so kann der durch den demografischen Wandel weiter steigende Fachkräftebedarf gedeckt werden.

### **Ausbildung flexibel und transparent gestalten**

Durch Modularisierung und Anerkennung von Teilqualifikationen kann sich die Berufsausbildung flexibel an die Bedürfnisse der Auszubildenden und der Betriebe

anpassen. Bundesweit anerkannte Ausbildungsmodule verhindern Warteschleifen und erleichtern den Übergang in vergleichbare Ausbildungsgänge. In wirtschaftlichen Krisenzeiten muss es jungen Menschen ermöglicht werden, vollzeitschulische Ausbildungsbausteine zu absolvieren, die – unabhängig vom Lernort – durch die Kammern anerkannt werden. Alle vollzeitschulischen Ausbildungsgänge an den beruflichen Schulen (z.B. Berufskolleg, Berufsfachschule, Berufseinstiegsjahr) müssen daher inhaltlich vollständig an den bestehenden dualen Ausbildungsberufen ausgerichtet werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Anrechnung von Teilqualifikationen auf eine folgende duale Berufsausbildung als Rechtsanspruch im Berufsbildungsgesetz zu verankern. Nur so kann der Leitsatz „Keine berufliche Ausbildung ohne anrechenbare Anerkennung!“ umgesetzt werden. Bis dieses Vorhaben tatsächlich realisiert wird, sollen in Baden-Württemberg entsprechende Modelle erprobt werden.

### **Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung**

Ein attraktives und zukunftsfähiges Berufsbildungssystem setzt die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung voraus. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der bildungspolitische Leitsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ endlich in die Tat umgesetzt wird. Deshalb müssen die beruflichen Vollzeitschulen, insbesondere die beruflichen Gymnasien, so ausgebaut werden, dass alle bildungswilligen jungen Menschen, die die Aufnahmevoraussetzungen erfüllen, einen Rechtsanspruch auf einen Schulplatz erhalten. Gleichzeitig müssen die beruflichen Schulen zu Ganztagschulen weiterentwickelt und mit Schulsozialarbeitsstellen ausgestattet werden. Wir GRÜNEN fordern eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen, denn das seit Jahren bestehende strukturelle Unterrichtsdefizit beeinträchtigt die Bildungsqualität erheblich.

## **Durchlässige Übergänge schaffen**

Berufsorientierung und Berufsfindung, Berufsgrundbildung und Berufsqualifizierung müssen so miteinander verzahnt werden, dass junge Menschen eine berufliche und persönliche Zukunftsperspektive erhalten und Warteschleifen vermieden werden. Berufliche Bildungsgänge müssen Möglichkeiten bieten, ausbildungsbegleitend einen höheren allgemeinbildenden Bildungsabschluss (mittlere Reife oder Fachhochschulreife) zu erreichen.

Die Durchlässigkeit des beruflichen Bildungssystems zum Hochschulbereich ist eine wesentliche Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Ausbildungssystem. Hierfür ist es erforderlich, dass alle jungen Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss ausbildungsbegleitend die Fachhochschulreife erwerben können, damit ihnen nach einem Berufsabschluss weiterführende Bildungswege offenstehen. Darüber hinaus müssen für diese Zielgruppe endlich auch die Lernbedingungen an den Hochschulen durch zusätzliche Angebote verbessert werden.

## **Mit Jugendberufshilfe in die Ausbildung starten**

Junge Menschen dürfen nicht von einer Beratungsmaßnahme zur nächsten geschoben werden. Jugendberufshilfe ist die notwendige Grundlage dafür, dass Jugendliche wissen, welchen Beruf sie erlernen wollen und erlernen können. Gerade benachteiligte Jugendliche benötigen eine individuelle Beratung und Vermittlung von Förderangeboten aus einer Hand. Regionale Ausbildungsbetreuung orientiert sich an der langfristigen Entwicklung der jungen Menschen, begleitet sie während der Berufsausbildung und kann sich so optimal auf deren Bedürfnisse einstellen.

Die Voraussetzungen für einen geglückten Start in die Berufsausbildung (Sozialkompetenz und Schlüsselqualifikationen) müssen bereits während der allgemeinbildenden Schulzeit vermittelt werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass die Jugendberufshilfe bereits im letzten Schuljahr der allgemeinbildenden Schulen ansetzt und die SchülerInnen bei der Berufsfindung begleitet.

Auch in Baden-Württemberg gibt es zahlreiche Best-Practice-Beispiele von Kooperationen zwischen allgemeinen und Berufsschulen und Trägern der Jugendberufshilfe. Fast alle leiden aber unter der geringen Nachhaltigkeit ihrer Finanzierungsgrundlagen. Diese zum Teil bestens evaluierten Modelle müssen aus ihrer einseitigen Abhängigkeit von Ausschreibungs- und Losverfahren einerseits und immer bürokratischeren Förderantragsbedingungen andererseits befreit werden. Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt haben in unser aller Interesse eine verlässliche Unterstützung und Betreuung und die qualifizierten MitarbeiterInnen der Jugendberufshilfe sichere und in jeder Hinsicht lohnende Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten frei von Lohndumping und befristeten Arbeitsverträgen verdient.

### **Lebenslanges Lernen verwirklichen**

Für eine Gesellschaft, die vor allem von ihrem Wissen lebt, ist gute Bildung fundamental. Diese kann jedoch nicht mit dem Abschluss von Lehre oder Studium ein Ende finden. Angesichts der Tatsache, dass sich das vorhandene Wissen geschätzt alle fünf Jahre verdoppelt und die Verbreitung neuer Medien zu einer weiteren Beschleunigung geführt hat, ist lebenslanges Lernen Grundlage einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft.



In Baden-Württemberg liegen die Ausgaben für Weiterbildung weit unterhalb des Bundesdurchschnitts. Wir wollen das ändern und Weiterbildung besser fördern. Weiterbildungsangebote müssen so gestaltet werden, dass sie für alle zugänglich und finanzierbar sind. Eine wichtige Säule sind dabei die Volkshochschulen, die ein breites Fortbildungsangebot, nicht nur im beruflichen Bereich, anbieten.

Um die Möglichkeit, Schulabschlüsse später nachzuholen, zu verbessern, sollen die Kürzungen beim zweiten Bildungsweg – Abitur und Realschulabschluss an Tages- und Abendschulen – wieder rückgängig gemacht werden. Auch Alphabetisierungskurse bedürfen einer Förderung.

Wir wollen einen transparenten Weiterbildungsmarkt, der zertifizierte Weiterbildungsbausteine anbietet, die je nach beruflichem Bedarf und persönlicher Lebenslage in Anspruch genommen werden können. Weiterbildungsmaßnahmen sollten berufsbegleitend angeboten werden, sodass die NutzerInnen nicht aus dem Erwerbsleben aussteigen und sich um ihre berufliche Zukunft sorgen müssen. Für Menschen in Erwerbspausen sollten wirksame Weiterbildungsangebote zur beruflichen Anpassung bzw. Neuorientierung entwickelt werden, die einen zügigen Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit ermöglichen. Von weiter- bzw. neu qualifizierten Fachkräften profitieren nicht nur die Betriebe, sondern die ganze Gesellschaft.

## **LEITIDEE: BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE HOCHSCHULEN IN HOCHFORM**

Baden-Württemberg braucht Hochschulen in Hochform, weil mehr junge Menschen einen Hochschulabschluss benötigen und sich künftig lebenslang an Hochschulen weiterbilden sollen. Wir brauchen Hochschulen in Hochform, weil sie Impulse setzen sollen für die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen beim Klimaschutz, bei der Ökologisierung der Produktion, bei Energiewirtschaft und Mobilität, bei der Verbesserung des sozialen Miteinanders und bei der Herstellung globaler Gerechtigkeit. Wir brauchen Hochschulen in Hochform, um die wirtschaftliche Spitzenstellung des Landes zu sichern. Wir GRÜNEN wollen dabei der Grundlagenforschung sowie kulturell und gesellschaftlich wertvollen Forschungsfeldern den ihnen gebührenden Platz neben der wirtschaftlich verwertbaren Wissensproduktion verschaffen.

Wir wollen die Hochschulen erneuern: Sie brauchen Strukturen, die ihre Eigenständigkeit und die Mitwirkung aller Hochschulmitglieder stärken. Sie brauchen neue Ideen und selbstständige Köpfe für innovative Studieninhalte und Forschungsaktivitäten. Deshalb wollen wir das Landeshochschulgesetz und das Hochschulzulassungsgesetz ändern. Die Hochschulen brauchen eine verlässliche Finanzierung für den anstehenden Ausbau ihrer Kapazitäten und den Abbau ihres Sanierungsstaus. Sie brauchen mehr Ressourcen für gute Lehre. Den „Solidarpakt“, mit dem die Landesregierung ihre Mittelzuweisungen für die Grundausstattung und die Lehre auf niedrigem Niveau für acht Jahre eingefroren hat, wollen wir ablösen durch eine nachhaltige Hochschulfinanzierung, die auch Engagement in der Lehre besonders honoriert.



## **Qualität in der Breite stärken**

Die schwarz-gelbe Landesregierung versagt Hochschulen die nötige Finanzierung und Unterstützung. Dadurch macht sie die Hochschulen von Drittmitteln und von Studiengebühren abhängig, mit denen die Löcher in den Hochschulhaushalten gestopft werden sollen. Diese Schiefelage bekommen sowohl die Exzellenzhochschulen als auch diejenigen zu spüren, die beim großen Wettlauf um frisches Geld für die Forschung weniger erfolgreich waren. Das einseitige Schielen auf die „Elite“ führt hochschulpolitisch in die Irre.

Wir GRÜNEN möchten die Förderung für alle Hochschulen des Landes verbessern, um Spitzenleistungen an vielen Orten zu ermöglichen. Darum wollen wir die Hochschulen für angewandte Wissenschaft und die Duale Hochschule als eigenständige Hochschularten stärken.

Sie müssen ihre besonderen Qualitäten in der Lehre und der anwendungsorientierten Forschung weiterentwickeln und eigene Profile aufbauen können. Wir wollen regionale Kooperationen zwischen den verschiedenen Hochschulen und eine regional abgestimmte Hochschulentwicklung erleichtern. Darüber hinaus muss der seit Jahrzehnten angewachsene Stau bei der Sanierung von Hochschulgebäuden mittelfristig aufgelöst werden.

## **Das Kooperationsverbot aufheben**

Neben den Hochschulen gibt es in unserem Land viele weitere hervorragende Forschungseinrichtungen. Wir unterstützen die Bestrebungen, außeruniversitäre Forschung enger mit der Hochschulforschung zu verzahnen. Deshalb begrüßen wir den in Karlsruhe mit dem Karlsruhe Institute of Technology (KIT) beschrittenen

Weg, der nur dadurch möglich wurde, dass Bund und Land ihre Kompetenzen hier gebündelt haben. Das KIT leidet jedoch nach wie vor an seinem Zwitterstatus als Bundes- und Landeseinrichtung und den erzwungenen getrennten Finanzkreisläufen sowie unterschiedlichen Personalstrukturen. Wir wollen dem KIT eine vollständige Fusion ermöglichen und erwarten, dass Bund und Land entsprechende Kooperationshürden überwinden. Doch auch in demokratischer Hinsicht muss sich das KIT weiterentwickeln.

Das Verbot der Kooperation von Bund und Land im Hochschulbereich erweist sich zunehmend als Hindernis für notwendige Investitionen und Reformen an den Hochschulen. Wir wollen es im Interesse der Hochschulen überwinden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund auch nach Ablauf der Exzellenzinitiative und des Hochschulpaktes Verantwortung für bessere Lehre und Forschung übernimmt.

## **LEITIDEE: HOCHSCHULE, ÖFFNE DICH!**

Studieren bereichert die Persönlichkeit, verbessert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und fördert eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft: Von vielen Hochschulabschlüssen profitiert die ganze Gesellschaft. Deshalb streben wir an, dass mindestens 50 Prozent eines Altersjahrgangs im Laufe des Lebens ein Hochschulstudium aufnehmen. Die Hochschulen müssen sich auf unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen einstellen. Wir wollen mehr beruflich Qualifizierte, mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mehr Arbeiterkinder und mehr ausländische Studierende an unseren Hochschulen. Wir brauchen mehr Teilzeitstudiengänge, weil das berufsbegleitende Studium oder auch das Studieren mit Kindern zunimmt.

Hochschulen müssen barrierefrei und mit Hilfsmitteln ausgestattet werden, damit sie für Menschen mit Körper- und Sinnesbehinderung uneingeschränkt zugänglich sind. Wir unterstützen Hochschulen und Hochschularten, die unterschiedliche Profile und Schwerpunkte entwickeln und damit die Vielfalt der Studienangebote und -formen vergrößern.

## **Die Personalstruktur reformieren**

Auch personell müssen die Hochschulen sich öffnen und vielfältiger werden. So sind Frauen in den Führungsgremien der Hochschulen und auf Lehrstühlen noch immer unterrepräsentiert. Familienfreundlichkeit wird zwar gefordert, aber selten praktisch umgesetzt. In der Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln ist Wissenschaft als Beruf heute vielfach durch Befristungen, Projektstellen und eine damit einhergehende Mehrfachbelastung in Qualifizierungsphasen gekennzeichnet.

Wir wollen die Zahl fester Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau erhöhen und wissenschaftliche Karrieren neben der Professur ermöglichen. NachwuchswissenschaftlerInnen müssen früher eigenständig forschen und lehren können. Dafür brauchen wir auch mehr attraktive Juniorprofessuren und Juniordozenturen. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen ein – unabhängig davon, ob jemand befristet oder unbefristet, im wissenschaftlichen Bereich oder in der Verwaltung tätig ist. Dazu streben wir einen Wissenschaftstarifvertrag an. Zugleich wollen wir den Instituten und Abteilungen in den Hochschulen mehr Gestaltungsfreiheit im Personalbereich geben.

### **Studienplätze für die geburtenstarken Jahrgänge bereitstellen**

Um Zugangsgerechtigkeit und das Recht auf freie Berufswahl sicherzustellen, benötigen die aktuellen geburtenstarken Jahrgänge und die doppelten Abiturjahrgänge ausreichend Studienplätze in Bachelor- und Masterstudiengängen. Mindestens 20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze müssen deshalb bis 2012 (im Vergleich zu 2005) zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich wird die von uns begrüßte Abschaffung („Aussetzung“) der Wehrpflicht und des Zivildiensts die Nachfrage nach Studienplätzen kurzfristig erhöhen. Das darf nicht durch Rückbau in anderen Studiengängen finanziert werden. Alle Hochschularten müssen sich an diesen Anstrengungen beteiligen. Der Ausbau muss auch die Fächer mit besonders hohem Numerus clausus berücksichtigen. Wir GRÜNEN wollen allen Studierenden die Möglichkeit geben, nach dem Bachelorabschluss ein Masterstudium anzuschließen, sofern die fachliche Eignung dafür gegeben ist.

Schon heute werden an den Hochschulen in Baden-Württemberg zu Beginn jedes Wintersemesters Tausende Studierende in provisorischen Unterkünften wie Institutsgebäuden oder Turnhallen untergebracht. Diese Situation wird sich mit den steigenden Studierendenzahlen weiter verschärfen. Wir GRÜNEN werden die Studierendenwerke sowie insbesondere die Träger selbst verwalteter Wohnheime beim Ausbau ihrer Kapazitäten unterstützen. Die Studierendenwerke brauchen außerdem beim Ausbau ihrer Mensen und Betreuungsangebote, z.B. für Studierende mit Kind, die Unterstützung der Landespolitik. Die Bibliotheken, Lern- und Gruppenarbeitsräume müssen weiter ausgebaut werden und den Studierenden jederzeit zugänglich sein.

### **Faire Aufnahmeverfahren beim Hochschulzugang**

Wir lehnen die ab 2011 von Schwarz-Gelb in Baden-Württemberg vorgesehenen

verpflichtenden Aufnahmeprüfungen in allen Studiengängen mit lokaler Zulassungsbeschränkung ab. Wir wollen es den Hochschulen freistellen, wie sie ihre Auswahlverfahren gestalten, sofern dabei Transparenz und Fairness gewährleistet sind. Zudem wollen wir sicherstellen, dass alle Hochschulen sich verbindlich an der bundesweiten Koordination der Hochschulzulassung beteiligen.

## **Demokratie und Teilhabe an den Hochschulen ausbauen**

Zu Recht haben Studierende in den vergangenen Semestern mehr Mitsprache und Demokratie an den Hochschulen gefordert. Das Vorhaben der schwarz-gelben Landesregierung, Hochschulen nach dem Vorbild von Unternehmen umzubauen, hat insgesamt zu weniger Beteiligung aller Hochschulangehörigen an ihren gemeinsamen Angelegenheiten geführt. Wir setzen uns für selbstbewusste Hochschulen ein, die Verantwortung wahrnehmen und Entscheidungen treffen, für die sie der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft ablegen. Eigenständige Hochschulen brauchen eine demokratisch legitimierte Leitung mit professionellem Management, gewählte Gremien, in denen alle Hochschulmitglieder angemessen vertreten sind, sowie ein umfassendes Qualitätsmanagement, an dem ebenfalls alle Hochschulmitglieder beteiligt sind.

Wir wollen den Hochschulen die Freiheit geben, in ihren Grundordnungen über die gesetzlichen demokratischen Mindeststandards hinauszugehen. So sollte eine Hochschule ihren Rektor oder ihre Rektorin beispielsweise durch Direktwahl von der gesamten Hochschulgemeinschaft wählen lassen können. Wir streben eine viertelparitätische Besetzung der universitären Gremien an, sofern dies nicht der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre widerspricht.

Wir wollen die Verfasste Studierendenschaft (VS) mit Finanz- und Satzungsautonomie sowie allgemeinpolitischem Mandat wieder einführen. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Studierende sozial, kulturell und politisch verlässlich Einfluss nehmen können. Die VS soll eng mit den Fachschaften und Studienkommissionen zusammenarbeiten. Auch auf Fachbereichsebene müssen Studierende wirkungsvoll und demokratisch legitimiert mitwirken können. Studien- und Lehrkommissionen sind zur Hälfte mit Studierenden zu besetzen.

Die bestehenden Hochschulaufsichtsräte haben sich als nicht hilfreich erwiesen. Wir werden Hochschulräte zu beratenden Gremien umgestalten, in denen Externe aus Gesellschaft und Wirtschaft vertreten sind und die Entwicklung der Hochschulen von außen begleiten.

Sämtliche Hochschulgremien sind mindestens zu 40 Prozent mit Frauen zu besetzen. Wir sprechen uns zudem für Frauenfördermaßnahmen bei der Vergabe von Promotionsstellen und Habilitationen aus, bis eine Geschlechterparität in der Forschung erreicht ist, mit der eine paritätische Besetzung von Hochschulgremien einhergehen sollte.

## **LEITIDEE: „BOLOGNA“ UMSETZEN – ABER RICHTIG!**

Die tief greifende Hochschulreform unter dem Etikett „Bologna“ hat zwar formal eine gestufte Studienstruktur etabliert, aber von einer echten Reform der Studieninhalte und der Vision eines europäischen Hochschulraums sind die Hochschulen noch sehr weit entfernt. Bei der Umstellung auf Bachelor und Master wurden

wichtige Ziele bisher verfehlt: mehr Mobilität und Flexibilität für Studierende durch Anerkennung von Prüfungsleistungen, weniger Studienabbrecher und eine bessere Betreuung während des Studiums.

Neue Eckpunkte für eine Reform der Bachelor- und Masterstudiengänge sollen landesweit in einem vom Land moderierten Prozess erarbeitet werden. Hierbei sollen – neben Regierung und Parlament – die HochschulmitarbeiterInnen und insbesondere die Studierenden beteiligt werden.

Wir treten für eine grundlegende Überarbeitung der neuen Studiengänge vor allem an den Universitäten ein. Stofffülle und Prüfungsdichte müssen reduziert werden, damit Freiraum für eigene Schwerpunkte und den Blick über den Tellerrand der eigenen Disziplin bleibt. Auch für Auslandsaufenthalte und Praktika müssen Studierende in Zukunft wieder mehr Zeit haben. Grundlagen- und Methodenkenntnis muss Vorrang haben vor allzu früher Spezialisierung.

Die Unübersichtlichkeit des Bachelorangebots – über 900 verschiedene Studiengänge allein in Baden-Württemberg – ist durch die Einführung breiter angelegter Studiengänge zu reduzieren. Die Pflicht der Hochschulen zur Durchführung von teuren Akkreditierungsverfahren soll so lange ausgesetzt werden, bis das bundesdeutsche Akkreditierungsverfahren reformiert ist.

## **Die Situation der Promovierenden verbessern**

In der Öffentlichkeit bisher wenig beachtet, an den Hochschulen aber umso deutlicher zu spüren: Mit dem Bologna-Prozess, der Drittmittelforschung und der Exzellenzinitiative verändert sich auch der Status der Promovierenden. Hier liegt vieles

im Argen. Gemeinsam mit Hochschulen, Promovierenden und Gewerkschaften wollen wir die Situation der Promovierenden in Baden-Württemberg verbessern. Dies betrifft die Frage nach der sozialen Absicherung in dieser häufig prekären Lebensphase, nach der Abhängigkeit von BetreuerInnen und nicht zuletzt die Frage nach einer besseren Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Qualifizierung, Lehre, Forschung und familiärer Sorgearbeit. Wir wollen Angebote der strukturierten Promotion ausbauen, aber auch andere Wege zur Promotion erhalten und attraktiv gestalten. Studiengebühren für die Promotionsphase lehnen wir ab.

### **Für mehr Internationalisierung**

Forschung, Wissenschaft und Lehre müssen international ausgerichtet sein. Deshalb wollen wir Mobilität und Weltoffenheit fest an unseren Hochschulen verankern: Der internationale Austausch soll in jedem Studiengang selbstverständlich werden, und Auslandsaufenthalte für Studierende, Lehrende und Forschende sollen erleichtert werden. Internationale Hochschulpartnerschaften müssen gefördert und mehr HochschullehrerInnen aus anderen Ländern für eine Gastprofessur gewonnen werden.

### **Die Qualität der Lehre steigern**

Wir wollen die Qualität der Lehre verbessern. Dafür müssen innovative Lehr- und Lernformen entwickelt werden, die die Selbsttätigkeit der Studierenden stärken. Hochschuldidaktik muss mehr Gewicht bekommen; bei Berufungen von ProfessorInnen sollten entsprechende Qualifikationen deshalb eine größere Rolle spielen als bisher. Solange jedoch Reputation und zusätzliche Finanzmittel nur durch Forschungserfolge zu erzielen sind, bleibt die Lehre an den Hochschulen unterbewertet. Dieses Ungleichgewicht haben Bund und Länder durch die Exzellenzinitiative



deutlich verstärkt. Wir wollen dagegen, dass Hochschulen finanzielle Anreize vom Land und vom Bund erhalten, um ihre Leistungen in der Lehre zu steigern.

Die Lehrtätigkeit darf nicht länger die Sackgasse auf dem wissenschaftlichen Karriereweg sein – eine Möglichkeit, dies zu ändern, sind Professuren und Mittelbaustellen mit guter Ausstattung und einem Schwerpunkt in der Lehre. Die Lehrverpflichtung von Junior- und HochschuldozentInnen muss so begrenzt werden, dass ihnen genug Zeit für Forschung und für hochschuldidaktische Weiterentwicklung bleibt.

## **LEITIDEE: NACHHALTIGE HOCHSCHULEN – NACHHALTIGE WISSENSCHAFT – NACHHALTIGE LEHRE**

Wir brauchen gute Forschung, um die zentralen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft bewältigen zu können. Dafür ist ein „Klimawandel“ an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen nötig: Forschung muss wieder unabhängiger werden von der Orientierung an kurzfristigen Programmen und produktbezogenen Ergebnissen. Wir treten dafür ein, dass Grundlagenforschung und langfristiges Denken gestärkt werden. Interdisziplinarität und problemlösungsorientierte Forschung wollen wir stärken und dabei den Erkenntnissen aus den Sozial- und Geisteswissenschaften wieder mehr Geltung verschaffen – im Austausch mit den Natur- und Technikwissenschaften. Forschungsaktivitäten müssen auch jenseits des Mainstreams gefördert werden.

Themen- und Methodenvielfalt sichern Kreativität und Innovation. Deshalb gilt es, das Fortbestehen der „kleineren Fächer“ – insbesondere in den Geisteswissenschaften – zu

sichern, sie gegebenenfalls auszubauen und nicht den angeblich nützlicheren Disziplinen zu opfern. Um dieses Ziel zu erreichen, streben wir Vereinbarungen zwischen dem Wissenschaftsministerium und den Hochschulen an. Diese Vereinbarungen sollen in einem transparenten Verfahren erarbeitet werden, an dem auch der Landtag, die Fachöffentlichkeit und die Mitglieder der Hochschulen beteiligt sind.

Interdisziplinarität und Nachhaltigkeit in Wissenschaft und Forschung sind jedoch nur eine Seite, denn Forschung und Lehre sind miteinander verbunden. Deshalb wollen wir ganzheitliches Denken und den Blick über den Tellerrand auch in der Lehre fördern. Junge Menschen – die zukünftigen EntscheidungsträgerInnen – müssen angemessen darauf vorbereitet werden, komplexen Herausforderungen verantwortungsbewusst entgegenzutreten zu können.

### **Innovative außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stärken**

Baden-Württemberg ist reich an außeruniversitären Forschungseinrichtungen und unterschiedlichen Hochschularten. Wir wollen wissenschaftliche Kooperationen zwischen den Einrichtungen intensivieren, z.B. durch gemeinsame Berufungen, Möglichkeiten zur Beteiligung an der Hochschullehre und gemeinsame Betreuung von NachwuchswissenschaftlerInnen.

Wir wollen Forschungsaktivitäten stärken, die aus Kooperationen mit Unternehmen, Kommunen oder der Region hervorgehen. Wir setzen uns für einen besseren Wissenstransfer ein, damit wissenschaftliche Ergebnisse, die für Gesellschaft und Wirtschaft relevant sind, möglichst gut genutzt werden.

## **Technische Innovationen kritisch begleiten**

Technische Innovationen dienen nicht nur einem unmittelbaren Zweck, sondern beeinflussen auf vielfältige Weise unsere Umwelt, unsere sozialen und politischen Lebensformen, unsere Arbeit und vieles mehr. Es ist darum notwendig, die möglichen Folgen technischer Innovationen zu bewerten. So kann man zu Handlungsalternativen kommen, um die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien bewusster und überlegter zu gestalten. Unter der schwarz-gelben Landesregierung wurde eine solche technikbegleitende Forschung stark vernachlässigt, was sich insbesondere an der zum Jahresende 2003 erfolgten Schließung der der Universität Stuttgart angegliederten Akademie für Technikfolgenabschätzung zeigte. Dagegen wollen wir GRÜNEN uns dafür einsetzen, dass die Technikfolgenabschätzung an den Hochschulen und darüber hinaus wieder mehr Bedeutung erhält.

Nachhaltige Wissenschaft sucht die Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit, weil sie an der Anwendung ihrer Ergebnisse interessiert ist. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Ergebnisse aller öffentlich geförderten Forschungsvorhaben umgehend auch öffentlich zugänglich gemacht werden. Ebenso ist Transparenz über Unternehmen herzustellen, an denen Hochschulen oder Unikliniken beteiligt sind. Diese Unternehmen sollen regelmäßig durch den Rechnungshof kontrolliert werden.

Nachhaltige Entwicklung als Leitbild braucht Hochschulen als Vorbilder. Wir wollen Hochschulen in besonderer Weise unterstützen, wenn sie sich dem Ziel verpflichten, selbst in Sachen Klimaschutz voranzugehen, also z.B. ihren Energieverbrauch reduzieren und ihr Umweltverhalten optimieren. Hochschulen, die ein eigenes Klimaschutzkonzept verfolgen, sollen bei energetischen Sanierungsvorhaben in Zukunft bevorzugt werden. Zudem sind nachhaltige Hochschulen dadurch gekennzeichnet,

dass der Bildung für nachhaltige Entwicklung und damit auch inter- und transdisziplinären Ansätzen im Studium ein großes Gewicht zukommt. An allen Hochschulen sollen Module zur Bildung für nachhaltige Entwicklung angeboten werden. Zusätzlich soll das Studienangebot zu Themen wie erneuerbare Energien, Klimaschutztechnologie und Ressourceneffizienz ausgebaut und langfristig gesichert werden. Projekte, die Forschung und Lehre zur nachhaltigen Entwicklung verknüpfen, wollen wir unterstützen. Auch wollen wir ein landesweites Netzwerk „Nachhaltigkeitshochschulen Baden-Württemberg“ aufbauen.

## **LEITIDEE: HOCHSCHULE UND STUDIUM VERLÄSSLICH FINANZIEREN**

Wir treten für eine Reform der Hochschulfinanzierung ein, die klare Anreize für Hochschulen setzt, die sich in der Lehre engagieren.

Hochschulen, die sich ihren Aufgaben in der Lehre entziehen, dürfen nicht auch noch finanziell belohnt werden. Stattdessen sollen diejenigen Hochschulen mehr Geld erhalten, die eine gute Lehre anbieten, viele Studierende aufnehmen und zu einem erfolgreichen Abschluss führen. Wir wollen durch Hochschulverträge und Zielvereinbarungen finanzielle Anreize für Qualitätsverbesserungen setzen, etwa bei der Senkung der Studienabbrecherquote, bei der Internationalisierung oder der Steigerung des Frauenanteils bei den Professuren. Wir werden einen „Hochschulfinanzierungsplan 2020“ erarbeiten, der den mittelfristigen Bedarf der Hochschulen in einem landesweiten Programm festlegt. Dabei geht es zum einen um den Abbau des Sanierungsstaus von derzeit 5 Mrd. Euro, zum anderen um den Ausbau der

Studienplätze im Bereich der Masterstudiengänge. Wir stehen dafür ein, dass das Land seine Finanzverantwortung gegenüber den Hochschulen wahrnimmt. Kürzungen der Etats der verschiedenen Hochschulen gegenüber dem heutigen Stand wird es angesichts des enormen zusätzlichen Bedarfs an Studienplätzen und Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der Lehre mit uns GRÜNEN in der Legislaturperiode 2011–2016 nicht geben.

Wir setzen uns außerdem für eine bundesweite Reform der Studienfinanzierung für alle Studierenden ein. Sie soll sich künftig aus zwei Säulen zusammensetzen: erstens aus einem elternunabhängigen Sockelbetrag für alle, der die bisherigen Zuschüsse an Eltern mit studierenden Kindern ersetzt, und zweitens aus einem bedarfsabhängigen Teil, der wie das bisherige BAföG dem sozialen Ausgleich dient.

### **Studiengebühren wieder abschaffen**

Die unter Schwarz-Gelb eingeführten Studiengebühren lehnen wir ab. Sie lindern die Not der Hochschulen kaum, aber sie belasten Studierende erheblich. Denn die meisten Studierenden haben schon genug damit zu tun, ihren Lebensunterhalt während des Studiums zu sichern, weil BAföG nur für eine Minderheit bewilligt wird.

Das Studium muss – unabhängig vom Einkommen der Eltern – für alle Studierwilligen möglich sein; deshalb fordern wir GRÜNEN ein gebührenfreies Erststudium bis zum Masterabschluss bzw. bis zum derzeit noch existierenden Staatsexamen. Damit der Wegfall der Mittel aus Studiengebühren nicht zu weiteren Verschlechterungen im Lehrangebot führt, müssen die Hochschulen aus Landesmitteln verlässlich finanziellen Ersatz erhalten.

## **Leistungsfähige Universitätskliniken**

Die baden-württembergischen Universitätskliniken brauchen verlässliche politische Rahmenbedingungen, um höchste Qualität zu garantieren – sowohl bei der Gesundheitsversorgung als auch in Lehre und Forschung. Sie sind in ihrer Arbeit dem Gemeinwohl verpflichtet: Nicht reines Gewinnstreben, sondern der verantwortliche Umgang mit öffentlichen Mitteln im Interesse der PatientInnen und der wissenschaftlichen Entwicklung sollte oberstes Ziel sein.

Wir lehnen die Privatisierung von Universitätskliniken ab und prüfen bei Kooperationen mit Dritten kritisch, ob sie wirklich dazu führen, dass Aufgaben besser erfüllt werden. Klinikumsbeschäftigte und WissenschaftlerInnen sollen in den Universitätskliniken ein gutes Arbeitsklima vorfinden. Insbesondere den AssistenzärztInnen soll innerhalb der regulären Arbeitszeit mehr Zeit für die Forschung zur Verfügung stehen.

Universitätskliniken brauchen eine handlungsfähige Leitung, damit notwendige Investitionen getätigt und die Mittel effektiv eingesetzt werden können. Sie müssen eng mit den Universitäten kooperieren. Sie brauchen mehr Entscheidungsspielräume, etwa in den Bereichen Bauen und Bauherreneigenschaft.

Im Gegenzug ist von ihnen strikte Transparenz und vorbildliches Qualitätsmanagement zu verlangen, damit sich schwerwiegende Fehler der Vergangenheit, wie sie beispielsweise am Freiburger Universitätsklinikum gemacht wurden (Dopingskandal, „Fall Friedl“), nicht wiederholen. Klare Entscheidungsstrukturen vor Ort, kompetent besetzte Gremien sowie umfassende Prüfrechte des Landesrechnungshofs und des Parlaments bieten dafür die Gewähr. Wir lehnen deshalb die Pläne der Landesregierung zum Umbau der Unikliniken ab.

## **LEITIDEE: KONSTRUKTIVES MITEINANDER DURCH SPORT FÖRDERN**

Sport bewegt die Menschen – und zwar nicht nur körperlich, sondern auch im Sinne von Gemeinschaftsbildung und Toleranz. Die Vitalität einer Gesellschaft wird künftig immer stärker davon abhängen, wie gut sie in der Lage ist, Menschen mit unterschiedlichem sozialem und kulturellem Hintergrund zu integrieren. Dabei geht es nicht nur darum, für ein reibungsloses Miteinander zu sorgen. Wichtig ist auch, die Potenziale aller hier lebenden Menschen zu nutzen. Der Sport bietet für dieses Anliegen eine große Chance. Die Politik hat – neben der Bildung – in keinem anderen Bereich so direkte Einflussmöglichkeiten auf das konstruktive Miteinander der Bevölkerung.

Die Sportvereine benötigen bei der Bewältigung dieser Aufgaben Unterstützung – angefangen bei der Qualifizierung der oft ehrenamtlich arbeitenden TrainerInnen und BetreuerInnen bis hin zum Umgang mit gewalttätigen Fangruppen, die den Sport zum Ausleben ihrer Aggressionen missbrauchen. Präventive Fanprojekte leisten hier wertvolle Arbeit. Denn die Bereitstellung von Hundertschaften der Polizei, z.B. bei Fußballspielen, kann auf Dauer keine Lösung sein. Diskriminierung sollte weder im Sport noch in anderen Bereichen der Gesellschaft geduldet werden. Der Solidarpakt Sport gibt Verlässlichkeit, Planungssicherheit und gewährt die Autonomie des Sports.

Grüne Sportpolitik bedeutet Sportförderung von Kindesbeinen an: Wir unterstützen organisierte und nicht organisierte Sportgruppen aller Altersstufen. Grüne Sportpolitik

heißt aber auch Umweltschutz: Die energetische Sanierung alter Gebäude und der Bau neuer Sportstätten ist uns genauso wichtig wie eine gute Erreichbarkeit und Klimaneutralität von Sportgroßveranstaltungen. Außerdem fordern wir die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, um den Dopingsumpf trockenzulegen, denn nur, wer nicht gedopt ist, treibt auch wirklich Sport.

## **LEITIDEE:** **KULTURLAND BADEN-WÜRTTEMBERG**

Kultur ist die Essenz unserer Gesellschaft. Gerade in Krisenzeiten bieten Kunst und Kultur eine wichtige Orientierung. Die Frage, wie wir zukünftig leben wollen, ist auch immer eine Frage der Kultur. Die kulturelle Teilhabe muss allen Bevölkerungsschichten ermöglicht werden, unabhängig von Herkunft, Einkommen, gesundheitlichem Zustand und Wohnort. Baden-Württemberg hat eine große Vielfalt an kulturellen Einrichtungen, die mit vielen engagierten Kulturschaffenden einen herausragenden Beitrag zur Identität des Landes leisten und Baden-Württembergs Ruf als Kulturland begründen. Im Wissen um das riesige Potenzial der Kultur wollen wir auch in Zukunft die Kulturschaffenden des Landes tatkräftig unterstützen. Dies wird aber nur gelingen, wenn das Land die Träger der Kultureinrichtungen – und damit vor allem die Kommunen – finanziell solide ausstattet. Nur dann wird es gelingen, die in der „Kunstkonzeption 2020“ des Landes formulierten Ziele zu erreichen. Außerdem darf sich das Land nicht auf dem Existierenden ausruhen, sondern muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch neue Initiativen und Ideen eine Chance auf Verwirklichung erhalten.



## **Kulturelle Vielfalt sichern**

Baden-Württemberg lebt von der Vielfalt seiner Kultur. Neben den Staats-, Landes- und Stadttheatern hat sich in den vergangenen Jahren eine kreative Szene im Bereich der freien Theater und der Kleintheater entwickelt. Auch die Soziokulturellen Zentren haben einen wesentlichen Beitrag für unsere Kultur geleistet. Längst sind nicht nur die klassischen Orchester ein wesentlicher Bestandteil baden-württembergischer Kultur, sondern auch im Bereich des Jazz und des Pop hat das Land viel zu bieten. Ebenso hat sich im Bereich des zeitgenössischen Tanzes viel getan. Es gibt weit mehr als das weltweit gefeierte Stuttgarter Ballett. Allerdings zeigt sich gerade am Beispiel des zeitgenössischen Tanzes, dass die zu geringe Wertschätzung und Unterstützung vieler KünstlerInnen dazu führt, dass diese ihr Hauptbetätigungsfeld außerhalb Baden-Württembergs suchen. Dies macht deutlich, dass man sich nicht auf der vorhandenen Vielfalt ausruhen darf, sondern diese ständig neu fördern und sichern muss. Zudem müssen Mittel und Wege gesucht werden, „in die Jahre gekommene“ Kultureinrichtungen zu modernisieren. Insbesondere die Soziokulturellen Zentren brauchen hierbei die Unterstützung des Landes. Und selbstverständlich gehört für uns zur Sicherung der Vielfalt die Bewahrung wichtiger Baukultur in Baden-Württemberg. Durch die Denkmalförderung wird die Kulturlandschaft Baden-Württembergs aufgewertet. Um die kulturelle Identität unserer Städte und Gemeinden zu bewahren, sollten historische Gebäude daher, wenn möglich, erhalten, energetisch saniert und einer nachhaltigen Nutzung zugeführt werden. Mittel für den Denkmalschutz müssen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Wer Kultur fördern möchte, der muss dazu beitragen, Kulturschaffenden eine faire Bezahlung zu ermöglichen. Denn Kultur, Kunst und Kreativität kann es nicht zum Dumpingpreis geben. Im Gegensatz zur FDP und zu Teilen der CDU stehen

wir auch für eine verlässliche Künstlersozialversicherung. Um Kultureinrichtungen Planungssicherheit und damit auch Kulturschaffenden gesicherte Arbeitsplätze und eine angemessene Bezahlung zu gewährleisten, ist das Verhältnis von institutioneller Förderung und Projektförderung neu auszurichten.

### **Interkulturelle Kulturarbeit stärken**

Die Künste waren schon immer dadurch geprägt, dass Impulse von außen aufgegriffen wurden und KünstlerInnen und Ideen Grenzen überschritten haben. Kultureinrichtungen und Kulturpolitik stehen daher in besonderer Verantwortung für die Gestaltung der interkulturellen Gesellschaft, die auch in Baden-Württemberg schon längst Realität ist. Im Sinne einer nachhaltigen Kulturpolitik für Baden-Württemberg muss aber interkulturelle Kulturarbeit zunehmend als kontinuierliche Aufgabe verstanden werden und darf sich nicht auf einmalige Projekte beschränken. Wir streben daher die interkulturelle Öffnung aller Kultureinrichtungen an. Aufgabe der Kulturpolitik des Landes ist es daher, Anreize dafür zu schaffen, dass sich Kultureinrichtungen künftig dreifach interkulturell ausrichten: durch einen angemessenen Anteil von Beschäftigten mit interkulturellem Hintergrund, durch die Ausrichtung auf ein interkulturelles Publikum sowie das Aufgreifen des Themas Migration und anderer interkultureller Fragestellungen in ihren Programmen.

### **Kulturelle Bildung stärken**

Eine wichtige Aufgabe der zukünftigen Kulturpolitik ist die Förderung der kulturellen Bildung. Kulturelle Bildung muss jungen Menschen dabei helfen, einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Gleichzeitig hilft kulturelle Bildung der gesamten Gesellschaft, da sie eine wichtige Voraussetzung für kreatives und soziales Engagement ist. Bereits im Kindergarten und in der Grundschule muss die Grundlage für die

kulturelle Bildung der Heranwachsenden gelegt werden. Wir sprechen uns daher für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden, Kulturträgern und den Bildungseinrichtungen der Kommunen und des Landes aus.

Wir GRÜNEN fordern, insbesondere im Rahmen eines rhythmisierten Unterrichts an den Schulen kulturelle Bildung als festen Bestandteil in den Schulalltag zu integrieren. Außerdem wollen wir in Baden-Württemberg einen Lehrstuhl für Kultur- und Theaterpädagogik einrichten, um für diesen so wichtigen gesellschaftlichen Bereich einen akademischen Hintergrund zu schaffen. Die Diskussion um die kulturelle Bildung hat nochmals deutlich gemacht, dass man Kultur generell zum allgemeinen Bildungsauftrag zählen und bei Finanzdebatten die entsprechenden Konsequenzen ziehen muss.

### **Raum für neue Ideen schaffen**

Eine kreative und innovative Kulturszene kann sich nur entwickeln, wenn zukünftig nicht nur das Bewährte und Bestehende gefördert und verwaltet wird, sondern auch neue Initiativen und Projekte eine Chance erhalten. Wir wollen deshalb den Beispielen anderer Bundesländer folgen und einen Kulturfonds für innovative Projekte und Initiativen im Rahmen der Baden-Württemberg-Stiftung einführen. Denn gerade Kunst und Kultur leben von der ständigen Erneuerung.

In diesem Zusammenhang wollen wir der sogenannten Closed-Shop-Praxis, z.B. bei den Sozialkulturellen Zentren, ein Ende bereiten, denn durch die Weigerung, neue Einrichtungen in die Förderung des Landes aufzunehmen, werden neue Initiativen unterdrückt. Kulturelle Einrichtungen brauchen Räume für Ausstellungen und Aufführungen, KünstlerInnen benötigen Ateliers und Proberäume. Daher ist

die Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten, sei es durch Neubau oder Umnutzung des bestehenden Gebäudebestands, auch zur Zwischennutzung (Raum auf Zeit), unerlässlich.

### **Medien- und Kulturwirtschaft**

Wurde in der Vergangenheit vor allem die Bedeutung der Kultur als sogenannter weicher Standortfaktor hervorgehoben, so hat sich inzwischen gezeigt, dass die Kulturwirtschaft ein wichtiger Pfeiler unserer Ökonomie ist. Jeder in die Förderung von Kultur gesteckte Euro generiert ein Vielfaches an Ausgaben und Investitionen. Die Kultur- und Medienindustrie muss daher zukünftig stärker als Wirtschaftsfaktor berücksichtigt werden. Mit weltweit beachteten Einrichtungen wie der Filmakademie in Ludwigsburg und der Popakademie in Mannheim hat sich Baden-Württemberg einen herausragenden Ruf als Ausbildungsstätte erarbeitet. Nun gilt es, in Baden-Württemberg im Zusammenspiel der Ausbildungsstätten mit den freien Produzenten oder auch dem SWR sowie privaten Fernsehanstalten ein positives Klima zu schaffen, damit dem Land möglichst viele Kreativkräfte erhalten bleiben. Dies sehen wir als einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel. Verstärkte Anstrengungen sind hierbei nötig, um nicht den Anschluss an andere Bundesländer zu verlieren. Zudem wollen wir die vorhandenen Festivals stärker als bisher in die Tourismuskonzeption des Landes einbauen. Dies würde insbesondere die kulturellen Einrichtungen im ländlichen Raum stärken.

### **Integration durch Kultur**

Kultur kann einen sehr wichtigen Beitrag zur Integration leisten. Deshalb müssen Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt in kulturpädagogische Konzepte eingebunden werden. Darüber hinaus können sich unterschiedliche Kulturen ge-

genseitig inspirieren und fortentwickeln. Hier zeigt sich die internationale Dimension von Kultur, die schon immer Länder und Kontinente verband, lange bevor das Zeitalter der Globalisierung ausgerufen wurde. Auch gilt es, das aktive kulturelle Leben innerhalb der Selbstorganisation von MigrantInnen zu stärken.

## **Die Filmkultur unterstützen**

Baden-Württemberg hat viele preisgekrönte Art-House-Kinos und Kommunale Kinos. Im ländlichen Raum sind diese von IdealistInnen betriebenen Kinos oft die einzige kulturelle Einrichtung im Dorf oder in der Kleinstadt. Diese Kinos stehen aufgrund der Digitalisierung vor immensen Herausforderungen, die ohne entsprechende Förderung des Bundes und des Landes nicht zu bewältigen sind. Die Kinos bieten zudem für künstlerisch sehr wertvolle Filme, die mit kleinem Budget in Deutschland und Europa produziert worden sind, oft die einzige Aufführungsmöglichkeit. Auch dies zeigt, wie wichtig diese Kinos für ein Bundesland mit AbsolventInnen der Filmakademie sind. Die MFG Filmförderung Baden-Württemberg unterstützen wir, da sie einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Weiterentwicklung der hier ansässigen Filmszene leistet.

## **Kultur ist nicht nur in der Stadt**

In Baden-Württemberg gibt es viele herausragende Festivals und feste Kultureinrichtungen im ländlichen Raum: von den Donaueschinger Festspielen über die Freilichtbühnen bis hin zum viel beachteten und in Deutschland in seiner Art wohl einmaligen Theater Lindenhof in Melchingen. Diese Einrichtungen tragen sehr viel zur kulturellen Vielfalt in Baden-Württemberg bei und müssen auch zukünftig unterstützt werden. Auch viele kleine Orchester und Kapellen machen sich im ländlichen Raum um die musikalische Ausbildung von Jugendlichen verdient und sind aus

dem kulturellen Leben der Kommunen nicht wegzudenken. Um die Finanzierung kulturellen Lebens auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu sichern, muss nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten von Kultur im ländlichen Raum gesucht werden. Deshalb wollen wir das Sächsische Kulturraumgesetz auf Baden-Württemberg übertragen.

### **Die Erinnerungskultur stärken**

Wir wollen zur Vermittlung unseres historischen Erbes die geschichtsbezogenen Kultureinrichtungen und Gedenkstätten in Baden-Württemberg verstärkt fördern. Insbesondere vor dem Hintergrund der Nazidiktatur und des geteilten Deutschlands sowie der Erfahrungen aus der Weimarer Republik müssen wir vor allem mit jungen Menschen die Auseinandersetzung mit Diktaturen und deren Auswirkungen suchen. Die große Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund macht es zudem notwendig, auch diese Erinnerungskultur zu stärken.

### **Vielfalt und Qualität klassischer Medien sichern**

Klassische Medien (Rundfunk und Presse) sind in einer Demokratie lebenswichtig. Wir setzen uns dafür ein, privaten und öffentlichen Medien einen ausreichenden Spielraum zu gewähren, damit sie einen Beitrag zur Meinungsvielfalt leisten können; wir betonen aber auch ihre Bringschuld.

Bei den regionalen Tageszeitungen findet vielerorts kaum ein Wettbewerb statt. Wir setzen uns dafür ein, in der Fläche eine qualitative lokale Berichterstattung zu erhalten, und fördern Vielfalt und Qualität der örtlichen und regionalen Berichterstattung auf klassischen wie neuartigen Verbreitungswegen.

Der private Hörfunk lebt vom öffentlichen Privileg der Frequenzuteilung und ist deshalb der Regulierung durch die Landesanstalt für Kommunikation (LfK) unterworfen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Lizenzuteilungen durch die LfK die Vielfalt der Programme sowie die Qualität der Inhalte stärkere Berücksichtigung finden. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt eine besondere Aufgabe zu. Sein Zweck ist es, mit seinen Programmen einen möglichst hohen öffentlichen Wert für die demokratisch verfasste Gesellschaft darzustellen.

## **Freie Radios stärken**

Auch die nicht kommerziellen Freien Radios sind ein wichtiger Bestandteil der Meinungsvielfalt und -freiheit im Lande. Die meist ehrenamtlichen RadiomacherInnen leisten vorbildliche Arbeit bei der Förderung der Medienkompetenz vor allem von Kindern und Jugendlichen und bilden nicht selten eine für eine pluralistische Gesellschaft notwendige publizistische Gegenseite ab.

Diese RadiomacherInnen haben sich in Vereinen organisiert und benötigen klare Förderstrukturen, um möglichst zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln. Das gilt vor allem mit Blick auf die Einführung des digitalen Radios, wenn der derzeitige Zuweisungszeitraum endet. Die „weißen Flecken“ der Radiolandkarte in Bezug auf nicht kommerzielle Lizenznehmer (NKL) müssen verschwinden, in NKL-freien Oberzentren müssen Radiofrequenzen frei geräumt werden.